

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, durch Wirtschaftssanktionen den Iran zu einer Abkehr vom Bau einer Atombombe und zur Erfüllung der Forderungen des UN-Sicherheitsrats zu zwingen?

In insgesamt vier UN-Resolutionen wurden zwischen 2006 und 2008 v.a. Sanktionen gegen den iranischen Nuklearsektor erlassen. Bündnis 90/Die Grünen haben dies unterstützt. Wir unterstützen auch für die Zukunft alle multilateral abgestimmten Maßnahmen, die effektiv geeignet sind, das iranische Atomprogramm aufzuhalten und zu einer Einigung mit dem Iran zu kommen, die eine militärische Nutzung der Atomtechnologie durch den Iran ausschließt.

Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ist umstritten. Ganz sicher aber wird die Verhängung von Sanktionen alleine nicht geeignet sein, den Iran „zu zwingen“. Deshalb muß die Sanktionsschiene in den Zusammenhang eines klaren Angebotes an den Iran zur Zusammenarbeit mit der Weltgemeinschaft gestellt werden.

Ausschlaggebend für die Iranpolitik muss die Wirksamkeit der Instrumente und die Aussichten auf den Erfolg sein – also die Verhinderung einer iranischen Atombombe, die eine elementare Bedrohung für Israel ist, sowie das Ziel einer verbesserten Menschenrechtslage im Iran. Deshalb hat sich Präsident Obama für einen Strategiewechsel gegenüber Iran entschieden und strebt direkte Gespräche an. Wir meinen, dass diese Chance zur Verhinderung der iranischen Atombombe jetzt genutzt werden muss.

2. Sind Sie bereit, sich im Europäischen Parlament bzw. Deutschen Bundestag dafür einzusetzen und parlamentarische Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, dass die EU wirksame wirtschaftliche Boykottmaßnahmen beschließt?

Die EU hat bereits wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Iran, vor allem im Bereich der Finanztransaktionen, durchgesetzt. Bündnis 90/Die Grünen wollen wirksame Instrumente im Umgang mit dem Iran nutzen. Dabei unterstützen wir den neuen Ansatz von Präsident Obama, endlich in direkten Gesprächen konkrete Fortschritte bei der Lösung des Atomstreits zu machen. Vom Iran erwarten wir dabei eigene konkrete Schritte und Zugeständnisse. Sollte der Iran alle Dialogangebote ablehnen und sich unnachgiebig zeigen, unterstützen wir den Versuch, mit internationaler Geschlossenheit die gezielte Sanktionspolitik gegen den Iran im Rahmen der Vereinten Nationen fortzusetzen.

Eine Politik, die, statt das gemeinsame Vorgehen der Weltgemeinschaft zu betonen und mit aller Kraft dafür zu arbeiten, sich darauf zurück ziehen würde, nur seitens der EU oder gar nur seitens Deutschlands durch verschärften Druck das Erreichen zu wollen, worauf sich die internationale Gemeinschaft nicht verständigen kann, erscheint uns als nicht aussichtsreich. Dabei wird nicht bestritten, dass sogenannte „graue“ Sanktionen durchaus auch Wirkung erzielen können, aber sie sind bestenfalls als Begleitmaßnahme zu einem gemeinsamen internationalen Vorgehen wirksam.

3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland mit einem Wirtschaftsboykott voran geht, falls ein europäischer Konsens so schnell nicht zu erreichen ist?

Wir sehen eine besondere Verantwortung Deutschlands als eines der größten Wirtschaftspartner des Iran. Aber wir sind dagegen, dem Iran eine Steilvorlage für die Spaltung der internationalen Gemeinschaft zu bieten. Wir setzen uns für eine enge transatlantische Abstimmung beim Thema, aber für auch eine Einbeziehung Russlands und Chinas ein.

4. Werden Sie sich für eine völlige Streichung der Hermesbürgschaften im Iran-Handel einsetzen?

Sollte der Iran dauerhaft – also auch nach den Wahlen im Juni 2009 – Verhandlungen mit den 3+3

ablehnen und sein Atomprogramm beschleunigen, wird es zu Diskussionen über neue Sanktionen kommen müssen. Über diese muss im Rahmen einer gemeinsamen Strategie der 3+3 entschieden werden. Wir treten dafür ein, dass Deutschland multilateral im Rahmen der vereinten Nationen beschlossene Sanktionen umsetzt. Aber wir sehen auch die Streichung der Hermes-Bürgschaften als ein mögliches Instrument an.

5. Sind Sie bereit, sich für ein Verbot der Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen in Deutschland und Europa einzusetzen?

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen grundsätzlich ein Verbot gegen Israel kämpfender Terrororganisationen und das Verbot von Gruppierungen, die ihre Ziele mit Gewalt gegen Zivilisten durchsetzen und in Deutschland und Europa terroristische Aktivitäten betreiben.

Diese Verbote müssen auf EU-Ebene transparent, nach einer umfassenden und nachvollziehbaren Bewertung der Organisationen getroffen werden und die Möglichkeit zum Widerspruch einräumen. Die derzeitige Intransparenz der EU-„Terrorliste“, die von den europäischen Regierungen erstellt wird, hat dazu geführt, dass 2008 nach Gerichtsentscheidungen die undemokratische Organisation der iranischen Volksmudschaheddin von der Terrorliste gestrichen werden musste.

Es muss im Einzelfall entschieden werden, wo innerhalb der EU ein Verbot aus Sicht der Bekämpfung des Terrorismus richtig ist. Um ein Verbot der Hisbollah für die ganze EU durchzusetzen, wäre innerhalb der EU eine einstimmige Entscheidung notwendig.

Für ein Verbot in Deutschland prüft der Verfassungsschutz, inwieweit Aktivitäten im Sinne terroristischer Vereinigungen vorliegen. Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es, dass sich Anhänger von Hamas und Hisbollah in Deutschland „mit öffentlichen Aktivitäten jedoch weiterhin zurückhielten“ (S. 184). Die Hisbollah tritt dennoch gelegentlich mit Gewalt verherrlichenden Demonstrationen in der Öffentlichkeit auf, so z.B. beim jährlichen „al-Quds-Tag“. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die diesen Zielen entgegentreten. Über ein Verbot muss anhand konkreter Aktivitäten und Beweismitteln gegen die Hisbollah und andere Organisationen entschieden werden.